

KLARTEXT



Für ein anderes Europa! Am 25. Mai wählen gehen...

Wir werden nicht nur durch das Geschehen in unserer Stadt, in unserem Dorf bestimmt. Internationale wirtschaftliche und europapolitische Regelungen bestimmen mehr und mehr unser Leben. Der Einfluss der Wirtschaft (die sich in immer weniger Firmen konzentriert) auf die Politik ist unübersehbar und nimmt ständig zu.



Das Armutsgefälle zwischen Menschen oder Ländern gefährdet den Frieden. In der Euro-Zone sind fast 20 Millionen Menschen erwerbslos – ein Anstieg um 70% seit 2007. In Griechenland und Spanien sind über die Hälfte der Jugendlichen ohne Arbeit.

Das Vermögen der europäischen Millionäre übertrifft mit etwa 14 Billionen Euro die Staatsverschuldung aller EU-Staaten, die bei 11 Billionen Euro liegt. Reiche stehlen sich aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, gespart wird bei denen die sowieso schon wenig haben. Unser Sozialstaatssystem ist in Gefahr.

Darum setzt sich DIE LINKE dafür ein:

- ▶ in allen EU-Staaten eine einmalige Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro einzuführen
- ▶ Finanzspekulationen mit einer Transaktionsteuer von je 0,1 % zu belegen
- ▶ Steuerflucht zu bekämpfen, indem die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft gebunden und ein EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmen eingeführt wird. Steueroasen müssen trockengelegt werden.
- ▶ kein Abbau europäischer Standards und Entmachtung der Parlamente durch den geplanten Freihandel EU - USA (TTIP, Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft)
- ▶ Anpassung sozialer Standards für ganz Europa:
- ▶ europaweite Mindestlöhne in Höhe von 60% des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns.
- ▶ Umwandlung prekärer Jobs in sozialversicherungspflichtige, unbefristete Beschäftigungsverhältnisse.

- ▶ Beendigung des Missbrauchs von Werksverträgen und Leiharbeit zu Dumping-Löhnen.
- ▶ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei Frauen und Männern.
- ▶ ein Recht auf Ausbildung für Jugendliche und deren Übernahme.
- ▶ Grenzüberschreitende Tarifverträge.
- ▶ Eine Mindestsicherung bei Rente und Arbeitslosigkeit von mindestens 60% des mittleren Einkommens vor Ort
- ▶ Europaweit soll es ein kostenfreies Grundkontingent für jeden Haushalt an Wärme, Wasser und Energie geben.
- ▶ Der soziale Frieden sollte uns allen wichtig sein.
- ▶ Gehen Sie zur Wahl, geben Sie uns Ihre Stimme für ein soziales und gerechtes Europa.

Sonja Biermann-Hirth

Grenzenlos solidarisch – für eine Demokratie von unten!

In den letzten zwei Jahren wurden hier für den Mai die Blockaden und Belagerungen der EZB angekündigt. In diesem Mai wärmen wir uns auf, für die Eröffnung der EZB im Herbst – mit transnationalen Aktionstagen. Neben Brüssel, Madrid, Rom, Tessaloniki und vielen anderen europäischen Städten werden auch in Deutschland ab dem 15.5. bis zur Europawahl in etlichen Städten Proteste, Veranstaltungen und Kundgebungen organisiert. Am 17.5. wird es zentral in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart Demonstrationen und ungehorsame Aktionen breiter Bündnisse geben.

Im Vordergrund steht dabei die Verbindungen unserer alltäglichen Kämpfe – um Wohnraum, gerechte Arbeitsbedingungen und Anerkennung, gegen rechte Propaganda und sexistischen Blacklash, für wirkliche Demokratie – mit der Krisenpolitik der Troika, der autoritären Sparpolitik in Europa. Unsere Aktionen greifen diese Konflikte auf, greifen ein, markieren und machen sichtbar.

Dieser Mai wird für uns ein "May of Solidarity" – ein Mai der Solidarität. Seid mit dabei, kommt zu den Aktionstagen!

[http:// http://blockupy.org](http://http://blockupy.org)

TTIP stoppen!

Gegen das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA

Seit Sommer 2013 laufen Verhandlungen zur Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Ziel ist die umfassende Liberalisierung des internationalen Handels und ein entscheidender Schritt zur weltweit größten Freihandelszone mit rund 800 Millionen Einwohnern. TTIP ist die Antwort der Wirtschaft in EU und USA auf neue starke Wettbewerber, die alte Vormachtstellungen gefährden und auch die Legitimität heutiger neoliberaler Wirtschafts- und Handelspolitik in Frage stellen.

- ▶ Konzerne sollen Staaten verklagen können, wenn neue Umwelt- oder Sozialgesetze ihre Gewinnerwartungen schmälern.
- ▶ Im Supermarkt sollen Hormonfleisch und genveränderte Lebensmittel angeboten werden, ohne Kennzeichnungspflicht.
- ▶ Energiekonzerne sollen sich die Erlaubnis zum Fracking erklagen können.

Diese Liste an Beispielen könnte beinahe endlos weitergeführt werden.